

RGD, die wirtschaftlichen Kämpfe, stellt eine gefährliche opportunistische Abweichung dar, die den reformistischen und syndikalistischen Auffassungen über die Führung des Klassenkampfes entspricht. Die Partei führt den gesamten Klassenkampf des Proletariats, darum muß sie auch in den wirtschaftlichen Kämpfen selbständig auftreten und führen.

Die falschen opportunistischen Auffassungen tragen in der Hauptsache dazu bei, daß die Kommunisten in den Betrieben hinter der Aktivität der Massen und bei der praktischen Verwirklichung der richtigen Generallinie der Partei zurückbleiben. Diese falschen opportunistischen Auffassungen sind eine der Ursachen der fehlenden Oppositionsbewegung in den reaktionären Verbänden und der mangelhaften Herstellung der Kampfeinheit zwischen Erwerbslosen und Betriebsarbeitern.

Eine weitere Schwäche der Partei, die zum Zurückbleiben der Partei in den Betrieben, bei der Umsetzung der Generallinie der Partei in der Praxis führt, ist:

1. Die organisatorische Schwäche der Partei in den Betrieben, die Tatsache, daß die Betriebszellen selbst in Großbetrieben zahlenmäßig schwach sind und nicht in dem Maße, wie es zur Durchführung der Aufgaben erforderlich ist, durch die Gewinnung neuer Mitglieder in den Betrieben verstärkt werden.

2. Die nicht genügende oder oft gar nicht vorhandene Organisation der Betriebsarbeit durch die Zelle, was wiederum auf das Nichtarbeiten der Zellenleitungen und das Fehlen eines inneren Lebens der Zellen zurückzuführen ist.

Eine der wichtigsten Ursachen für unsere schwache Verankerung in den Betrieben liegt sehr häufig in einem Regalitätskennzeichen. Unsere Zellen, Ortsgruppen, Unterbezirks- und Bezirksleitungen verstehen oft nicht, durch

### entsprechende Methoden ihrer Arbeit

die Zellenmitglieder der Partei vor Wertspielen der Forderungen und Sozialförmlichkeiten, vor Polizeierörtern und Maßregelungen (oft Entlassungen aller Parteimitglieder in den Betrieben) zu schützen. Die Bezirks- und Ortsgruppenleitungen sind verpflichtet, mit den Betriebszellen solche Arbeitsmethoden festzusetzen, daß selbst bei der aktiven Betätigung der Zellen die Zellenmitglieder nicht sogleich Maßregelungen ausgesetzt sind, sondern klare, arbeitsfähige Parteizellen in den Betrieben geschaffen und befestigt werden.

Durch die Aktivität der Betriebszellen und die Organisierung der Kämpfe durch sie müssen die Arbeiter in den Betrieben zu Heberzeugung kommen, daß die Einheit der Arbeiterklasse nur unter der Führung der kommunistischen Partei hergestellt werden kann. In dem Maße, wie die Zelle diese Aufgaben durchführt, wird sie zu einem wachsenden Zentrum des revolutionären Kampfes im Betrieb, gelingt es ihr, die sozialdemokratischen Arbeiter und die Arbeiter in den reformistischen Gewerkschaften für die revolutionäre Einheitsfront

## Frage der Organisierung des Streikampfes

entweder nie oder nicht konkret für jeden Betrieb, sondern nur allgemein in der Form der Propaganda und Agitation gestellt. In anderen Fällen wurde die Frage des Streiks losgelöst von den gegebenen Möglichkeiten gestellt, ohne an die einschlägigen Bedingungen des Widerstandes und des Protestes der Arbeiter anzuknüpfen, um sie Schritt für Schritt an den Streik heranzuführen (wie Ausnahme von Protestauflösungen, Demonstrationen, positive Resolution, Teilstreiks und ähnliches). In der Tat bedeutet das, die Streikämpfe des Proletariats nicht organisieren, den Masseneinfluß der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie nicht liquidieren, auf die Führung des Klassenkampfes verzichten.

Die Frage, in welchem Tempo die revolutionäre Krise näherückt, hängt in entscheidendem Maße davon ab, wie es der Partei gelingt, die Kämpfe der Arbeiterklasse, vor allem den Kampf gegen den Lohnraub zu organisieren, auszulösen und zu

# II. Die Hauptaufgaben der Kommunistischen Partei

im gegenwärtigen Moment bestehen darin, die Bewegung der Arbeiterklasse auf eine solche Höhe zu bringen, daß das Proletariat in der Tat zum Führer der Volksrevolution wird. Das bedeutet, daß die kommunistische Partei es in der Tat verstehen muß, den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Offensive des Kapitals zu organisieren, daß sie den Kampf der Arbeiter in jedem Betrieb, gegen jeden Gewaltakt der Unternehmer organisiert, daß sie die Kampfstimme jeder Gruppe des Proletariats in den Betrieben wie auch in den Gewerkschaften mobilisiert und organisiert, daß sie von der Propaganda der selbständigen Führung der Massenkämpfe zu ihrer Umsetzung in die Tat übergehen muß.

Das Schwergewicht der Partei- und Gewerkschaftsarbeit muß in die Betriebe verlegt werden. Die Betriebe müssen zu revolutionären Burgen werden. Nur die Arbeiter in den Betrieben können die dem Proletariat eigentümliche Waffe, die in der gegenwärtigen Periode die schärfste Waffe des Proletariats ist, den Streik, anwenden.

Deshalb muß die Politik der Parteileitungen zum Hauptteil auf die Betriebe konzentriert

werden. Deshalb muß der ganze Parteiapparat, alle Abteilungen auf die Betriebsarbeit eingestellt und diese Arbeit mit allen materiellen Mitteln gefördert werden. Zu diesem Zweck muß auch die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften und unter den Erwerbslosen auf das engste mit der Betriebsarbeit verbunden werden, wie das im RGD-Brief und in den Beschlüssen der internationalen Erwerbslosenkonferenz aufgezeigt worden ist. Nach diesem Gesichtspunkt muß auch die ganze Werbearbeit der Partei orientiert werden: umfassende Veränderung der sozialen Struktur der Partei durch radikale Vernehmung der Betriebsmitgliedschaft, wobei zugleich die Aufgabe steht, die vom Kapital in ihrer Existenz bedrohten Angestellten und unteren Beamten in die Kampffront der Partei einzugliedern.

Mit der Durchführung dieser Linie erreichen wir zugleich die Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie.

Von dem Tempo der Zerkümmern der Massenbasis der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie hängt im wesentlichen das Tempo der Entwicklung der revolutionären

des Proletariats zu gewinnen, den Einfluß der SPD- und Gewerkschaftsführer in den Massen zu liquidieren.

### Loslösung der sozialdemokratischen Arbeiter von den sozialfaschistischen Führern

erfolgreich durchgeführt und im folgenden Maße die sozialdemokratischen Arbeiter für den revolutionären Klassenkampf gewinnt, hat sie gleichzeitig außerordentlich ernste Schwächen ihrer Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften, wie das in so eindringlicher Weise in dem Offenen Brief der RGD, an die RGD, aufgezeigt wurde, abgleich die Voraussetzungen zur Gewinnung der in den reformistischen Gewerkschaften organisierten Arbeitermassen für den revolutionären Klassenkampf nicht weniger günstig sind, als die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter. Ihre Ursache hat diese Schwäche in der

### Bernachlässigung der Fraktionsarbeit

innerhalb der reformistischen Gewerkschaften, in dem Nichtauftreten der Kommunisten in diesen Gewerkschaften, was einem opportunistischen Zurückweichen vor der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie gleichkommt, zur Schwächung dieses wichtigen Frontabschnittes im Klassenkampf und zur Konseroierung des Masseneinflusses der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie führt.

Das Zurückbleiben und Verjagen der Partei in der Durchführung der Kampfaufgabe zeigte sich am sichtbarsten in der widerstandslosen Hinnahme des Lohnraubes in der nordwestdeutschen Metallindustrie, in einem Gebiet, wo Partei und RGD, bereits selbständige Kämpfe geführt und das Proletariat große Kampferfahrungen gesammelt hat.

Dasselbe zeigte sich in den meisten Industrien, zuletzt bei der Abwehrbewegung der Gemeindegewerkschaften gegen den durch Notverordnung diktierten Lohnraub. Obgleich unter diesen Arbeiterschichten (wo der Einfluß der Sozialdemokraten und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie infolge ihrer starken Stellung in dem kommunalen Verwaltungsapparat doch groß ist) der Prozeß der Radikalisierung und Revolutionierung in der letzten Zeit besonders große Fortschritte gemacht hat, ist es der Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition trotzdem nur im Ruhrgebiet, am Niederrhein und am Mittelrhein gelungen, kleinere Streiks der Gemeindegewerkschaften zu organisieren und auszulösen. Im einschneidenden Zentrum Berlin ist es aber nicht einmal gelungen, solche kleine Streikbewegungen der Gemeindegewerkschaften zu entfalten. Auch dort, wo es der Partei gelang, Streiks zu führen, wie

die Landarbeiterstreiks, die zum überwiegenden Teil mit Erfolg endeten, verstand es die Partei nicht, diese Erfolge auszunutzen zur Mobilisierung weiterer Arbeitermassen.

In vielen Fällen wird von den Parteiorganisationen, besonders von den Betriebszellen der Partei, die

Führung der Streikämpfe ist daher in der gegenwärtigen Periode

### die wichtigste Parteiaufgabe, die in Gemeinschaft mit der RGD zu erfüllen ist

und bei deren Durchführung die Initiative bei der Partei liegen muß. Erst dadurch findet die führende Rolle der Partei in den Kämpfen des Proletariats ihren Ausdruck. Ohne die Lösung dieser Aufgabe kann der Einfluß der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie auf die Massen nicht liquidiert werden, ohne die Erfüllung dieser Aufgabe ist ein ernsthafter Kampf gegen den Faschismus, die Gewinnung der kleinbäuerlichen Massen und der wertvollen Schichten des Mittelstandes als Verbündete der proletarischen Revolution nicht möglich.

Strike in Deutschland ab. Dies setzt die ernsthaftesten Anstrengungen der Partei für die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter und für die Gewinnung der Arbeitermassen in den reformistischen Gewerkschaften voraus.

### Intensive innergewerkschaftliche Arbeit der Kommunisten.

Zu diesem Zweck muß die Gewerkschaftsarbeit, die Arbeit der Gewerkschaftsfraktionen aktiviert werden. Die Gewerkschaftsfraktionen müssen zu Brennpunkten des Kampfes um die Gewinnung der in den reformistischen Gewerkschaften organisierten Arbeitermassen werden. Auch in der RGD, und in den roten Verbänden müssen kommunistische Fraktionen geschaffen werden, wenn ihre politische richtige Führung gesichert sein soll.

Gleichzeitig muß die Partei in stärkerem Maße als bisher den Kampf der Arbeiterklasse für die Legalität der kommunistischen Partei und ihrer Presse organisieren. Die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie stellen das Verbot der kommunistischen Partei und ihrer Presse deswegen jetzt auf die Tagesordnung, weil der wachsende Einfluß der kommunistischen Partei auf die Massen das entscheidende Hindernis für die Verwirklichung des Programms der „nationalen Selbsthilfe“ des deutschen Kapitalismus ist. Die Bourgeoisie kann dieses Programm nur durchführen bei gleichzeitiger Vernichtung der kommunistischen Partei. Daher ist der organisierte Massenkampf zum Schutze der kommunistischen Partei Deutschlands und ihrer Presse eine wichtige Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse.

Indem die Partei ihre Hauptkraft auf die Betriebe konzentriert und ihre eigene soziale Struktur ändert, die Betriebsarbeiter zum Kampfe mobilisiert und organisiert, indem sie überall den Kampf um die nackten Lebensinteressen des Proletariats organisiert, schafft sie die Voraussetzungen zu Massenkämpfen, hebt sie den ganzen Kampf des Proletariats auf eine höhere Stufe, wird sie der entscheidende Faktor in der heranrückenden revolutionären Krise, der unbeschränkte Führer aller anderen arbeitenden Schichten.

## Beschluß zur Durchführung für alle Bezirksleitungen, Unterebene, Stadtteile und Ortsleitungen, für alle Betriebs- und Straßenzellen, für alle kommunistischen Fraktionen in der RGD, und in den roten Verbänden

1. In einer gut vorbereiteten Sitzung aller oben genannten Körperschaften muß Stellung zu der vorliegenden Resolution des Politbüros genommen werden und zwar konkret auf die bezüglichen Verhältnisse hingewandt:

- a) zur Organisierung des Widerstandes und des Streiks gegen den Unternehmerangriff auf die Löhne, Arbeitsverhältnisse und sozialen Leistungen in jeder Industrie.
- b) zur Verbindung des Kampfes der Erwerbslosen mit der Bewegung der Betriebsbelegschaften.
- c) zur Organisierung der Oppositionsarbeit in allen freien und christlichen Verbänden des Bezirks.

2. Alle Bezirksleitungen der Partei müssen sofort nach der Stellungnahme zu der Politbüroresolution einen Bericht an das Sekretariat des ZK. einreichen, der folgendes enthält:

- a) Protokoll über die Stellungnahme und die gefassten Beschlüsse.
- b) Einbindung des Planes der Bezirksleitung zur Organisierung des Kampfes in den Betrieben jeder Industrie.
- c) Einbindung des Planes für die Werbetätigkeit zur Gewinnung von Mitgliedern in den Betrieben und für den Aufbau von Betriebszellen überall dort, wo bereits Betriebsgruppen der RGD, bestehen.
- d) Einbindung des Planes für die Organisierung der Oppositionsfraktionen in den einzelnen Verbänden des RGD, bzw. christlichen Gewerkschaften.

### 3. Betr. Berichte der Betriebszellen.

Das Zentralkomitee der Partei macht es jeder Betriebszelle zur Pflicht, nach der Stellungnahme zu dieser Resolution in einer gut vorbereiteten Mitgliederversammlung der Zelle einen Bericht direkt an das Zentralkomitee (Adresse: Wilhelm Pieck, Berlin C. 25) einzuweisen, in dem folgendes enthalten ist:

- a) Bericht über die Diskussion, die Meinungen und die Beschlüsse der Genossen.
- b) über die für die Durchführung im Betrieb gefassten Beschlüsse.
- c) über die Beschlüsse betreffend Zusammenarbeit mit der RGD-Betriebsgruppe.

### 4. Betr. Bericht der kommunistischen Fraktionen in der RGD.

Jede kommunistische Fraktion muß nach der Stellungnahme zu der Resolution berichten:

- a) Beschlüsse und Vorschläge zur Organisierung der Oppositionsarbeit in den reaktionären Verbänden.
- b) welches sind die besten Wege zur Organisierung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern?

Mit kommunistischem Gruß

Zentralkomitee der KPD.

## Die Forderungen des roten Hamburg

### Dafür kämpft das werktätige Volk!

Die kommunistische Partei hat sofort nach der freien Wahl in Hamburg die Forderungen des roten Hamburg veröffentlicht. An erster Stelle der Forderungen steht

die Nichtdurchführung der volksfeindlichen, gegen Arbeiter, Angestellte, Beamte und Mittelständler gerichteten Notverordnungen.

Weiter wird ein großzügiges Arbeitsbeschäftigungsprogramm gefordert, wobei die einzelnen in Anzahl zu nehmenden Arbeiten aufgezählt werden, u. a. der beschleunigte Bau von 60 000 Wohnungen zu billigen Mieten.

Eine weitere Hauptforderung ist die Einführung des Siebentages und der fünf Tage wöchentlich bei vollem Lohnausgleich in allen handlichen Betrieben, Rückgängigmachung aller Gehaltsabzüge für Angestellte und untere Beamte, Zurücknahme aller Entlassungen von Arbeitern, Angestellten und unteren Beamten, Einstellung neuer Arbeitsträger, Abschaffung aller Zwangs- und Pflichtarbeit, Tariflöhne für die Handarbeiter.

Im Interesse der Arbeitslosen wird das Verbot aller Nebenstunden und der Nachtarbeit gefordert, Reduzierung der Stempelkontrollen auf einmal wöchentlich, Winterbeihilfe (Kohle, Kartoffeln, Geld) für alle Arbeitslosen und Wohlfahrtsempfänger.

Von den weiteren Forderungen sind hervorzuheben:

Beschlagnahme der großen Wohnungen und Villen; Unterbringung linderreicher Arbeiterfamilien.

Unbeschränkte Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit für die Arbeiterklasse, keinerlei Überwachung proletarischer Veranstaltungen.

Abschaffung der Schupo, Schaffung einer Arbeitermiliz, Aufhebung des Verbots des NJW, Entwaffnung und Auflösung der faschistischen Organisationen.

Aufhebung der durch Notverordnung geschaffenen Sondergerichte, Entlassung und Bestrafung aller reaktionären oberen Beamten.

Amnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen, für alle Verurteilten auf Grund des § 218 und für soziale Norddeutsche, Rückgängigmachung aller Verwehrentlassungen wie aller Schulabbaumaßnahmen.

Durchführung eines revolutionären Sparprogramms, das u. a. die Herabsetzung der hohen Gehälter auf 6000 Mark jährlich, Erfassung aller großen Vermögen durch eine progressive verminderte Vermögenssteuer, Sonderbelastung der hohen Einkommen enthält.

Diese Kampfforderungen können und werden sich alle Klassenbewußten Arbeiter zweigen machen, um sie geht der Kampf. Die SPD-Führer haben in ihrer Hamburger Tageszeitung erklärt, daß sie keinerlei Kursänderung wägen wollen, ja, daß sich selbst der bisherige Senat mit Hilfe der „Machtorgane des Staates“ und des Artikels 48 weiterhin am Ruder halten will. Die SPD-Führer wollen eine immer größere Belastung des werktätigen Volkes. Aber immer neue Massen bisheriger sozialdemokratischer Arbeiter werden sich darum von der verräterischen SPD-Führerschaft lösen und in der roten Einheitsfront für die von der kommunistischen Partei propagierten Forderungen kämpfen.